



Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff auf Syrien

Bundesregierung soll die Bundeswehr aus dem Nahen Osten abziehen!

Beziehungen zu Rußland entspannen!

Abrüsten statt Aufrüsten!

Wie Millionen Anderen stockte auch uns der Atem, als bekannt wurde, daß die USA, Großbritannien und Frankreich vor Tagen Syrien angegriffen haben. Das hatte das Potential zu einen großen militärischen Konflikt mit Rußland, der auch auf Europa hätte übergreifen können. Zwar betonte die Bundesregierung, nicht selbst mitschießen zu wollen, begrüßte dann aber den Angriff. Verwickelt darin ist Deutschland eh, denn ohne die militärische Infrastruktur der USA in Ramstein und Umgebung läuft im Nahen Osten kein

Kriegseinsatz, auch das Töten von Menschen mit Killerdrohnen wäre ohne die Einrichtungen in der Pfalz nicht möglich. Wie es sich Merkel und Maas konkret vorstellen, erst völkerrechtswidrig zu schießen bzw. dazu zu applaudieren, dann aber eine Friedensinitiative starten wollen, bleibt unklar. Setzen sie darauf, daß Putin – man muß nicht unbedingt sein Freund sein – mehr Verantwortungsgefühl hat als Trump, May und Macron zusammen? Frieden läßt sich nicht herbeibomben, weder in Syrien noch sonst wo!

Wir fordern:

- **Keine Unterstützung von Trumps militärischen Abenteuern von US-Stützpunkten in der Pfalz**
- **Bundeswehr aus dem Nahen Osten, Jordanien und dem östlichen Mittelmeer abziehen**
- **Keine Erhöhung und fast Verdoppelung deutscher Rüstungsausgaben auf 2% des BIP**

Zu den Angriffen auf Syrien erklärte der Bundesausschuß Friedensratschlag:

„Ohne daß gesicherte Erkenntnisse über den Einsatz chemischer Kampfstoffe in Douma vorliegen, haben US-



amerikanische, französische und britische Marine- und Luftstreitkräfte in der Nacht auf den 14. April 2018 über 100 Raketen und Marschflugkörpern auf staatliche syrische Ziele abgefeuert.

Obwohl die Beratungen im UN-Sicherheitsrat nicht abgeschlossen waren, erteilten die Staatsoberhäupter der USA, Frankreichs und Großbritanniens den Einsatzbefehl. Weder lag ein Angriff auf diese Staaten vor, der Selbstverteidigungsmaßnahmen gerechtfertigt hätte, noch ein Mandat des UN-Sicherheitsrats. Die Handlungen dieser drei westlichen UN-Sicherheitsratsmitglieder haben das Völkerrecht gebrochen. Trump, Macron und May müssen dafür angeklagt werden ebenso wie die Täterschaft des mutmaßlichen Chemiewaffenangriffs auf Douma strafrechtlich verfolgt werden muß.

Wir sehen mit sehr großer Sorge, daß das Völkerrecht als Eckpfeiler der internationalen Beziehungen durch Kriegshandlungen westlicher Staaten fortgesetzt verletzt wird. Um hier nur die gravierendsten Beispiele zu nennen:

Der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999, der US-amerikanisch-britische Angriffskrieg gegen den Irak 2003, die Marschflugkörperangriffe der USA auf das syrische Al-Schairat am 7.4.2017 und jetzt wieder. Es bedarf seitens der Bundesregierung großer Anstrengungen, das Verhältnis zu

Rußland zu entspannen, eine gleichberechtigte Beziehung aufzubauen, um die Kontroversen konstruktiv zu lösen. Wir brauchen Abrüstung statt Aufrüstung.“

(Redaktionell gekürzt von DER FUNKE)

Jede Minute ist Deine Lebenszeit

Unternehmervetreter fordern, die tägliche Höchst Arbeitszeit abzuschaffen

Bosse greifen die Arbeitszeit an: der 8-Stunden-Tag und die Ruhepausen sollen fallen.

Spitzenvertreter der „Arbeitgeber“ haben gefordert, daß die Bundesregierung die gesetzlichen Arbeitszeitregelungen aufweichen solle. In diesem Sinne äußerten sich Ingo Kramer, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), und Hans Peter Wollseifer, Handwerkspräsident. „Die Digitalisierung wirkt sich natürlich auch auf die Arbeitszeiten aus: Ein zu enges Arbeitszeit-Korsett und zu starre und unflexible arbeitsrechtliche Vorschriften tun der Wirtschaft nicht gut“, ließ sich Wollseifer in der „Rheinischen Post“ vom Dienstag letzter Woche zitieren.

Die Vertreter der Unternehmer wollen damit den Acht-Stunden-Arbeitstag aushebeln und stellen die elfstündige Ruhepause zwischen den Arbeitsschichten infrage. Statt die zulässigen Höchst Arbeitszeiten wie bisher für einen Tag festzulegen, wollen sie sie für eine Woche festlegen. Das würde bedeuten, daß die Beschäftigten an einzelnen Tagen deutlich länger als bisher arbeiten dürften – die Unternehmer nennen das Flexibilisierung.

Bereits im Koalitionsvertrag hatten CDU und SPD angedroht, daß sie eine „Flexibilisierung der Arbeitszeiten „auf Probe“ „als Experimentierraum“, erlauben wollen. Auch außerhalb der Regierung finden diese Pläne Unterstützung.

Der DGB hält dagegen: „Die Probleme der bestehenden Flexibilisierung dürfen nicht auch noch durch eine Öffnung des Arbeitszeitgesetzes legalisiert und verschärft werden“, warnt Annelie Buntenbach, DGB-Bundesvorstandsmitglied. „Eine Verlängerung des Achtstundentages oder Einschränkungen bei den Ruhezeiten lehnen wir strikt ab, weil damit die gesundheitlichen Belastungen erheblich steigen und das Privatleben der Beschäftigten noch weiter eingeschränkt werden würde. Die jüngsten Tarifabschlüsse zeigen, daß solche Einschränkungen ohnehin nicht relevant oder gar nötig wären.“

Im Jahr 2016 haben die Beschäftigten nach DGB-Angaben 941 Millionen unbezahlte Überstunden geleistet – das ist die Wirklichkeit hinter der Unternehmerparole von „Flexibilisierung“.

Karl Marx schrieb: „Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstages als Kampf um die Schranken des Arbeitstages dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d. h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse.“

Peter Köster, gekürzt aus der UZ vom 13. April 2018
<https://www.unsere-zeit.de/>

„**Wo wart Ihr am Internationalen Frauentag?**“, so die Frage von jemandem, die uns auch von unserer alljährlichen Aktion mit Roten Nelken für die Kolleginnen und dem FUNKE für alle vor dem Tor von Schneider Optik kennt. Leider klappte es 2018 mal nicht, da einige erkrankt waren und wir hier nicht genug „Ersatzspieler“ hatten. Nächstes Jahr möge die Grippewelle bitte ausbleiben, dann gibt es wieder Nelken und den **FUNKE**.

1. Mai 2018: auch dieses Jahr laden die Gewerkschaften im DGB in Bad Kreuznach wieder zu ihrer traditionellen Maiveranstaltung mit Demonstration ab Bahnhof, Start 10:30, Uhr ein. Die Kundgebung mit Rednerinnen und Rahmenprogramm, Speisen, Getränken und Musik findet wegen der Kornmarktbaustelle neben der Paulus-Kirche statt. Mehr in den Medien und unter <http://rheinessen-nahe.dgb.de>

der funke extra, April 2018, Zeitung der Bad Kreuznacher DKP. Kontakt und v.i.S.d.P.:

V. Metzroth, Postfach 525, 55529 Bad Kreuznach, eMail volker-metzroth@dkp-bad-kreuznach.de, Versand als eMail und Verteilung als Flugblatt in wechselnder Auflage. Weitere Info unter www.dkp-bad-kreuznach.de

Die Bad Kreuznacher DKP trifft sich wieder am 14. Mai um 19:00 Uhr im Wassersümpfchen 23, 55543 Bad Kreuznach, dann wieder jeden 3. Montag im Monat, also am 18. Juni, 16. Juli und 13. August